



Bürgermeister Dirk Wigant wusste offenbar schon früh von dem Strafbefehl gegen Ratsmitglied Meinolf Schmidt und damit auch von Unregelmäßigkeiten bei der Kandidatenaufstellung der Freien Wähler.

FOTO STADT UNNA (A)

Der „Fall Schmidt“ wird immer mehr zum Problem für den Bürgermeister

Unna. Für sein Schweigen zum Fall Schmidt gerät Bürgermeister Dirk Wigant (CDU) in die Kritik. Gegner werfen ihm vor, den Strafbefehl gegen das Ratsmitglied zum Schutz seiner Partei verheimlicht zu haben.

Von Sebastian Smulka

Dass Ratsherr Meinolf Schmidt für eine Straftat verurteilt worden ist und die Kandidatur seiner Freien Wähler demnach auf Täuschung beruht hat, muss der Stadtverwaltung in Unna schon kurz nach dem Strafbefehl aus dem August 2021 bekannt geworden sein. Warum die Verwaltung diese Information nicht weitergab, wird nun zum Gegenstand einer Kontroverse.

Das Rathaus selbst hat inzwischen bestätigt, früh in Kenntnis gesetzt worden zu sein und dann bewusst auf eine Information des Stadtrates verzichtet zu haben. Einerseits habe man keine Informationspflicht gesehen, da es sich nicht um eine „wichtige Angelegenheit der Verwaltung“ laut Ge-

meindeordnung handele, andererseits aber auch den Schutz der Persönlichkeitsrechte von Meinolf Schmidt in die Abwägung einbezogen.

Diese Argumentation wird offenbar nicht durchgängig akzeptiert. Die SPD-Fraktion etwa bezeichnet den Verweis auf Schmidts Persönlichkeitsrechte in einer Stellungnahme als „keine ausreichende Begründung“ dafür, dass der Bürgermeister den Rat nicht über die Verurteilung informiert hat. Schließlich hätte der Bürgermeister die Information ja auch im nicht-öffentlichen Teil einer Ratssitzung übermitteln können.

Deutlich schärfer im Ton greift die Freie Liste den Bürgermeister an. Ihr Fraktionsvorsitzender Klaus Göldner erinnert daran, dass Hinweise auf Regelver-

stöße bei der Kandidatenaufstellung von Schmidts Freien Wählern schon vor der Kommunalwahl öffentlich geworden sind und die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bereits angelaufen waren, als der Wahlprüfungsausschuss das Wahlergebnis bestätigt hat. Danach hätte man die Mitglieder des Rates nicht darüber im Unklaren lassen dürfen, wenn sie „mit unehrlichen Menschen zusammen vertrauensvolle Politik“ machen sollen, so Göldner.

„Alle Mitglieder des Rates warteten doch mehr oder weniger dringend auf das Ergebnis der Ermittlungen, welches dann auch vor gut einem halben Jahr dem Bürgermeister von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt wurde. Diese Information diente dabei nicht etwa zur Befriedigung des persönlichen Informationsbedürfnisses von Herrn Wigant, sondern erfolgte an den Bürgermeister der Kreisstadt Unna aufgrund seiner Eigenschaft als Chef des Rates, der vor solchen Tricksern unbedingt

» Alle Mitglieder des Rates warteten doch mehr oder weniger dringend auf das Ergebnis der Ermittlungen.«

Klaus Göldner,
FLU

geschützt werden muss“, erklärt Göldner nun in einer weiteren Stellungnahme.

Und er merkt an: „Ausgerechnet diese äußerst brisante Information ist dem Bürgermeister dann aber nicht ausreichend wichtig genug, sie dem Rat mitzuteilen? Jede banale Kleinigkeit wird in endlosen Sitzungen im Rat verbreitet, da man sich ja ansonsten nach allen Seiten absichern möchte.“

SPD und FLU haben der Stadtverwaltung getrennt

voneinander kurze Fragenkataloge vorgelegt. Zum Teil sind die Fragen darin allerdings eher rhetorischer Art und als Verdachtsäußerungen zu verstehen. So mutmaßt die SPD, ob Wigant die Information über Schmidts Verurteilung zum Schutz der eigenen Partei für sich behalten habe, hatte die CDU den Ratscherrn von den Freien Wählern doch zwischenzeitlich in die eigene Fraktion aufgenommen.

FLU-Fraktionschef Klaus Göldner will aber auch wissen, welche Möglichkeiten bestehen, Schmidt das Ratsmandat zu entziehen. Er schreibt: „Vergleichen wir Herrn Schmidt doch einfach einmal mit einem ganz normalen Dieb. (...) Niemand in der Bevölkerung hätte nur annähernd Verständnis dafür, wenn ein ertappter Dieb ganz legal im Besitze seiner Diebesbeute bleiben könnte. Die Beute des Herrn Schmidt ist in diesem Falle das Ratsmandat. Und das soll einfach so hingenommen werden?“

Lesermeinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Sie behält sich aus technischen Gründen das Recht auf Kürzungen vor.

Arglistig getäuscht worden

Zu unserer Berichterstattung über Meinolf Schmidt erreichte uns folgende Leserschrift:

Auch ich bin von Herrn Schmidt arglistig getäuscht worden. Dieses habe ich vom ersten Tag an nach Erkenntnis offen kundgetan. Alle Gremien der Stadt Unna sind einfach drüber weggegangen. Der Wahlprüfungsausschuss ist diesen Namen nicht wert.

Die großen Parteien haben sich nur damit hervorgetan, mich vor Herrn Schmidt zu warnen. Und genau die christliche Partei gibt ihm einen Platz in der Fraktion. Diese Freundschaft hielt allerdings nur kurze Zeit. Ich

habe in einer ziemlich kurzen Zeit erkannt, wie Politik gemacht wird. Angefangen von Pöstchen-Schieberei bis hin zum Schlechtreden der Ratsmitglieder habe ich alles mitbekommen. Hier ging es meistens nicht um Belange der Bürger, sondern darum sein Schäfchen ins Trockene zu bringen. Für mich ist die gesamte Politik in Unna und Kreis ein Sumpf. An die Politiker im gesamten Kreis Unna: Kommt zurück zur bürger-nahen Politik.

Und jemand, der einen Meineid geleistet hat, hat sofort ohne Wenn und Aber zurückzutreten. Ich würde mich mit so einer Person nicht mehr zusammen an einen Tisch setzen.

Gilbert Vogt